

Schuldemokratie – auch in der Volksschule!

Igor Mitschka (Wien)

Igor Mitschka: *Schuldemokratie – auch in der Volksschule!* (S. 82–99)

Meine eigene Volksschulzeit, die Mitorganisation von acht Kinderkongressen sowie die Diskussion mit vielen VolksschülerInnen haben mir gezeigt: Anders als von vielen Erwachsenen behauptet, besitzen VolksschülerInnen sehr wohl eine eigene Meinung, können diese artikulieren und sind reif dafür, in der Schule mitzubestimmen, wenn sie von ihren LehrerInnen entsprechend unterstützt und gefördert werden. In meinem Artikel berichte ich daher zunächst von meinen Erfahrungen in meiner Volksschulzeit und mit den Kinderkongressen und untermauere meine Argumentation anhand einer best practice-Schule im dritten Wiener Gemeindebezirk, in der ein Klassen- und Schulparlament sowie SchülerInnenmitbestimmung selbstverständlich sind. In einem weiteren Kapitel gehe ich auch auf Meinungen von BildungspolitikerInnen zur Mitbestimmung von VolksschülerInnen ein und hinterfrage die dargestellten Ansichten. Abschließend formuliere ich einige Empfehlungen für mehr Schuldemokratie in der Volksschule.

Schlagworte: »Coole Schule«, Kinderkongresse, Mitbestimmung von VolksschülerInnen, Schuldemokratie, Schulpartnerschaft

Igor Mitschka: »Schuldemokratie« (*School Democracy*) – also in *Primary School!* (pp. 82–99)

My own time at primary school, the co-organisation of eight children's conferences as well as discussions with students demonstrated to me: contrary to claims of many adults, primary school students possess an independent opinion that they can articulate and are thus mature enough for participating in school decision-making, when they are supported and promoted by teachers. Therefore, in this article I will report of experiences I made in my own schooldays at primary school and with the children's conferences and will underscore my line of argument by referring to a »best practice« primary school in the third district of Vienna, where class parliament, school parliament and student participation are taken for granted. In a further chapter, I will focus on opinions of education politicians about participation and codetermination of primary school students, and will question these opinions. Finally, I present recommendations for more school democracy in primary schools. (Für die Unterstützung bei der englischen Übersetzung bedanke ich mich bei OstR. Prof. Mag. Brigitte Schedl.)

Keywords: »Coole Schule«, children's conferences, participation in decision-making of pupils in primary schools, school democracy, school partnership

1. Einleitung

Zuerst möchte ich meine Freude darüber ausdrücken, dass ich als 15-jähriger Schüler die Möglichkeit habe, in der SWS-Rundschau einen Artikel zu einem Thema zu veröffentlichen, das mir sehr am Herzen liegt: das Ernst Nehmen und die Mitbestimmung von VolksschülerInnen in der Schule und in der Bildungspolitik. Dieses Thema ist mir deswegen so wichtig, da ich – auch aus eigener Erfahrung – weiß, wie wenig die 6- bis 10-jährigen SchülerInnen ernst genommen werden, wie oft ihnen Erwachsene, allen voran viele LehrerInnen und SchulpolitikerInnen, Kompetenz, Reife und jegliches Verantwortungsbewusstsein absprechen und ihnen kaum Mitbestimmungsrechte zugestehen.

Gleich zu Beginn will ich betonen, dass dieser Umstand ganz klar der von Österreich 1992 ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention widerspricht, die im Artikel 12 festschreibt, dass die Vertragsstaaten »dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu (sichern), diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und ... die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife« zu berücksichtigen (Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz 2006). Ich halte diesen Umstand auch für undemokratisch: »Demokratie« bedeutet nämlich nach meinem Verständnis, dass *alle* Menschen, also auch Kinder und damit VolksschülerInnen, in den sie betreffenden Angelegenheiten mitbestimmen sollen. Die Argumentation, dass VolksschülerInnen noch nicht reif sind, die demokratischen Rechte in Anspruch zu nehmen, kann ich nicht gelten lassen. Denn aufgrund meiner eigenen Volksschulzeit, insbesondere aber durch mein mehrjähriges Engagement im Verein »Coole Schule«, weiß ich, dass VolksschülerInnen auch reif dafür sind, mit Unterstützung durch ihre LehrerInnen mitzubestimmen, dass sie sehr wohl eine eigene Meinung besitzen und für diese lautstark eintreten – oft mehr, als so manchen Erwachsenen lieb ist. Auch die Recherchen für diesen Artikel – die vielen Gespräche mit SchülerInnen einer Volksschule, die Dokumentation ihres Klassenparlaments und ihrer Arbeit – bestätigen meine Sichtweise.

In diesem Artikel werde ich insbesondere die Fragen behandeln, inwieweit es VolksschülerInnen wichtig ist, mitzubestimmen und inwieweit sie reif dafür sind (Kap. 2). Zunächst werde ich auf die Mitbestimmungsmöglichkeiten in meiner eigenen Volksschulzeit eingehen (Kap. 2.1.1). Anschließend berichte ich vom Verein »Coole Schule« und den Kinderkongressen (Kap. 2.1.2), insbesondere vom ersten Kinderkongress vom 1. bis 3. Oktober 2003 in Graz (Kap. 2.1.2.1), vom zweiten Kinderkongress am 30. September 2005 im österreichischen Nationalrat (Kap. 2.1.2.2), von der darauf folgenden Behandlung zweier Entschließungsanträge im Parlament (Kap. 2.1.2.3) und von den Landeskinderkongressen im September 2006 (Kap. 2.1.2.4). Zur Festigung meiner Analyse werde ich wie bereits erwähnt das Beispiel einer Volksschule im dritten Wiener Gemeindebezirk heranziehen (Kap. 2.2). Ich werde die Schule (Kap. 2.2.1), vor allem aber die Schulversuchsklasse M2 (Kap. 2.2.2) mit ihrem Klassenrat (Kap. 2.2.2.1) und SchülerInnenparlament (Kap. 2.2.2.2) beschreiben und Gespräche mit SchülerInnen dieser Klasse (Kap. 2.2.2.3) wiedergeben.

Im dritten Kapitel werde ich die Meinungen von Erwachsenen, konkret einer Volksschullehrerin (Kap. 3.1) und von BildungspolitikerInnen (Kap. 3.2), zur Mitbestimmung von VolksschülerInnen darstellen und die Ansichten hinterfragen (Kap. 3.3). Abschließend werde ich meine Empfehlungen auflisten und konkrete Vorschläge für die Mitbestimmung von VolksschülerInnen machen (Kap. 4).

2. Mitbestimmungsdrang und Reife von VolksschülerInnen

Beginnen möchte ich mit der Frage, ob es SchülerInnen eigentlich wichtig ist, in der Schule mitzubestimmen, Demokratie zu leben und inwieweit sie reif dafür sind. Ich werde zuerst über meine persönlichen Erfahrungen berichten, die ich mit diesem Thema gesammelt habe, und anschließend die Gespräche mit mehreren VolksschülerInnen der Klasse M2 der GTVS (= Ganztagsvolksschule) Landstraße dokumentieren.

2.1 *Persönliche Erfahrungen mit der Mitbestimmung von VolksschülerInnen*

2.1.1 *Meine Volksschulzeit*

Zuerst möchte ich kurz über meine *eigene Schulzeit* in der Volksschule Bischoffgasse (im 12. Wiener Gemeindebezirk Meidling) erzählen. Rückblickend kann ich mit Bestimmtheit sagen, dass es nicht nur mir, sondern den meisten meiner SchulkollegInnen wichtig war, mit ihren Anliegen ernst genommen zu werden und sich an der Schul- und Unterrichtsgestaltung beteiligen zu können.

Das zeigt auch eine Umfrage, die ich in den vierten Klassen für einen Bericht in einer Schülerzeitung durchführte und in der es um die Zufriedenheit mit der Volksschule ging: An dieser Umfrage nahmen 85 SchülerInnen teil, d. h. mehr als zwei Drittel aller SchülerInnen. 77 der 85 Kinder gaben an, grundsätzlich mit der Schule zufrieden zu sein, jedoch einen eigenen Schulhof für die Pausen haben zu wollen (Mitschka 2002). Dass die eindeutige Mehrheit der SchülerInnen also nicht das Gegebene hinnahm, sondern sich damit kritisch auseinandersetzte und eine für sie wichtige Änderung forderte, lässt für mich den Wunsch nach Partizipation im Schulleben und -alltag klar erkennen.

Unserem Wunsch nach Partizipation kamen einzelne KlassenlehrerInnen, darunter meine Lehrerin, auch immer wieder nach: So führten sie die Wahl von KlassensprecherInnen durch. Das war damals (wie auch heute!) recht ungewöhnlich. Meine Klasse freute sich über die Möglichkeit, zu wählen und einen wirklichen Interessenvertreter/ eine wirkliche Interessenvertreterin haben zu können. Auch ich war sehr begeistert und bewarb mich um dieses Amt. Mehrheitlich wurde ich gewählt und vertrat die Anliegen meiner Klasse gegenüber meiner Lehrerin. So schlug ich unter anderem vor, die oben erwähnte Schülerzeitung zu erstellen. Unsere Lehrerin kaufte Kopierpapier und half uns, unser Projekt zu finanzieren. Die Interessen meiner Schulklassen vertrat ich aber nicht nur in meiner eigenen Schule, sondern auch im Kinderparlament des Wiener Gemeindebezirks Meidling, wo ich den damaligen Bezirksvorsteher Herbert Hezuczky unter anderem ersuchte, die Ampelzeit bei einer Kreuzung zu verlängern, was dieser dann auch veranlasste.

Sicher wäre noch mehr Mitbestimmung möglich gewesen: Doch glaube ich alles in allem mit Recht sagen zu können: Die Schule, die ich besuchte, war hinsichtlich der Mitsprache von SchülerInnen ziemlich fortschrittlich. All die oben aufgeführten Beispiele sind ein Beweis für mich, dass auch VolksschülerInnen mitbestimmen, VertreterInnen wählen und für andere handeln können, wenn sie von den LehrerInnen entsprechend unterstützt und ermutigt werden.

2.1.2 Verein »Coole Schule« und Kinderkongresse

Seit 2003 habe ich mit meinem Verein »Coole Schule« acht Kinderkongresse und weitere Aktionen zur SchülerInnenmitbestimmung speziell in der Pflichtschule und Unterstufe der Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) (10- bis 14-jährige SchülerInnen) veranstaltet (Verein »Coole Schule« 2006a). Ich lernte viele SchülerInnen kennen, diskutierte mit ihnen und entwickelte gemeinsam mit ihnen Forderungen an PolitikerInnen. Und viele dieser SchülerInnen waren Volksschulkinder. Ihre Teilnahme war mir immer besonders wichtig, da sie derzeit keine Interessenvertretung haben und daher kaum gehört werden. Mit den Kinderkongressen wollten wir das ändern und ich denke, dass uns das auch ein wenig gelungen ist.

Starten wir mit dem Jahr 2002. In diesem Jahr begann ich – damals zehn Jahre alt und gerade ins Gymnasium gewechselt –, mich an einem außergewöhnlichen Projekt zu beteiligen: an der Planung des ersten österreichischen Kinderkongresses.

2.1.2.1 Erster Kinderkongress 2003 und Gründung des Vereins »Coole Schule«

Auf die Idee des Kongresses kam der in Österreich tätige LehrerInnenverein »Soziales Lernen – Aktive Schulpartnerschaft«. Die Vereinsleitung fragte mich, ob ich die Veranstaltung mitorganisieren wolle. Binnen kürzester Zeit setzte sich ein achtköpfiges Team zusammen – bestehend aus fünf SchülerInnen (darunter meine Schwester Miriam und ich) und drei Lehrerinnen. Rund ein Jahr lang arbeiteten wir an der Planung, Organisation und Vorbereitung des Kinderkongresses. Ich suchte Sach- und Geldsponsoren, war außerdem für den Kontakt mit den TeilnehmerInnen und die Pressearbeit verantwortlich. Und dann war es soweit: Der Kinderkongress fand in der Zeit vom 1. bis 3. Oktober 2003 in Graz (Verein »Coole Schule« 2006c) statt. 100 SchülerInnen aus ganz Österreich nahmen teil und entwickelten im Rahmen von Diskussionen ihre »Traumschule«. Der Großteil der teilnehmenden SchülerInnen war aus der AHS-Unterstufe und der Hauptschule (10- bis 14-Jährige), lediglich eine kleine Delegation der Körner-Volksschule aus Klagenfurt war dabei. Zunächst führte ihre Teilnahme bei einigen anderen SchülerInnen zu Zweifeln: Doch nach dem Kinderkongress, bei dem die VolksschülerInnen mit ihren Forderungen nach mehr Montessori-Unterricht, sozialem Lernen und behindertengerechten Schulen aufhorchen ließen, sprach schließlich niemand mehr von nicht ernst zu nehmenden VolksschülerInnen.

Nach dem ersten Kinderkongress gründeten mehrere TeilnehmerInnen gemeinsam mit mir den in ganz Österreich tätigen SchülerInnenverein »Coole Schule«. Unser Ziel war von Beginn an, die SchülerInnenmitbestimmung auf allen Ebenen und in allen Schulstufen (d. h. auch bzw. besonders in der Volksschule) zu verstärken. Nachdem

unser Verein gegründet worden war, präsentierten wir die Ergebnisse des Kinderkongresses der damaligen Unterrichtsministerin Elisabeth Gehr (Wagner 2003). Unser Engagement setzten wir fort, indem wir Interviews mit PolitikerInnen (Mitschka 2004) und eine Pressekonferenz organisierten. In dieser stellten wir ein selbst entworfenes Bildungskonzept parallel zum Konzept der Zukunftskommission vor – diese Kommission hatte das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Überarbeitung des Schulsystems eingesetzt, in ihr waren aber keine SchülerInnen vertreten (Wagner 2005). Der Durchbruch gelang uns dann im September 2005 beim zweiten österreichischen Kinderkongress im österreichischen Nationalrat.

2.1.2.2 Zweiter Kinderkongress 2005 im Parlament

Anders als der erste Kinderkongress wurde der zweite Kinderkongress ausschließlich von SchülerInnen organisiert, geplant und durchgeführt. Erwachsene erledigten nur diverse Formalitäten, etwa die Übernahme von Verantwortung, die Minderjährige nicht tragen können (wie z. B. die Unterschrift unter dem Vertrag mit einem Wiener Jugendgästehaus). Die Hauptorganisation trug ich. Wir arbeiteten ein halbes Jahr an diesem Projekt, bis wir schließlich am 30. September 2005 den Kinderkongress im Sitzungssaal des Nationalrats abhielten (Schülerstandard 2005, 4. 10. 2005, 15). 150 SchülerInnen aller Bundesländer nahmen am Kongress teil, ein Drittel davon waren VolksschülerInnen, die es sichtbar genossen, endlich einmal gehört zu werden. »Ich wünsche mir, dass es in und nach der Volksschule viel Freiarbeit gibt«, meinte etwa Fabian Sertschnigg (10) aus einer Volksschule in Klagenfurt (Verein »Coole Schule« 2005c). Seine Schulkollegin Gerit Kronawetter (9) betonte, dass es ihr wichtig sei, »dass wir keine Noten, sondern eine verbale Beurteilung bekommen« (ebd.). Johanna Majdic (10) forderte »auch in höheren Schulen Montessori-Klassen« (ebd.) und Bettina Schnögl (9) beantragte, »dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen in der Schule einen Lift bekommen, weil sie mit einem Rollstuhl nicht die Treppe hinauf kommen und ohne einen Lift von anderen abhängig sind« (Verein »Coole Schule« 2005b). Andere Forderungen der teilnehmenden VolksschülerInnen aus Klagenfurt, Villach, Absdorf und Wien waren die Einführung eines Klassenrats, mehr Geld für die Schulhausgestaltung, autofreie Zonen vor den Schulen, Bibliotheken in allen Schulen, mehr Projektarbeit und weniger Kinder in den Klassen (Verein »Coole Schule« 2005e). Auch das Präsidium, das die Veranstaltung moderierte, wurde von sehr eloquenten VolksschülerInnen – Elisa Böhm, Lukas Mikula und Jakob Majdic – gebildet und vom Nationalratsabgeordneten Jan Krainer (SPÖ) unterstützt.

Nach einer interessanten und lebhaften Diskussion beschloss der Kongress gegen Ende der Veranstaltung einstimmig einen Antrag auf »demokratischere SchülerInnenvertretungen«, der einen Ausbau der Demokratie in allen Schulen vorsah. So sollten unter anderem Klassen- und SchulsprecherInnen in jeder Schule (also auch in der Volksschule) verpflichtend gewählt werden und alle SchülerInnen einer Schule bei der Wahl stimm- und kandidaturberechtigt sein. Das hätte zur Folge, dass »nicht nur SchülerInnen der neunten bis zwölften Schulstufe, sondern auch SchülerInnen der Pflichtschule und AHS-Unterstufe die Landes- und in Folge die BundesschülerInnen-

vertretungen wählen, leiten und bestimmen würden« (Verein »Coole Schule« 2005a). Somit wäre eine bundesweite und mitbestimmende Vertretung für, mit und von allen SchülerInnen geschaffen, wie dies die TeilnehmerInnen begründeten. Außerdem sah der Antrag vor, dass, »um jeder Klasse und allen SchülerInnen eine Vertretung in der eigenen Schule zu garantieren«, ein Schulparlament in allen Schulen eingeführt werden sollte, das alle bereits bestehenden Schulpartnerschaftsgremien¹ ersetzen und deren Kompetenzen wie z. B. den Beschluss der Hausordnung übernehmen sollte (ebd.). Ein wesentlicher Unterschied zu den jetzigen Gremien wäre, dass sich das Schulparlament »aus den KlassensprecherInnen und einer kleineren Anzahl an Erwachsenen (Eltern & LehrerInnen) zusammensetzt« (ebd.). Schulparlamente in Volksschulen mit einer Mehrheit von SchülerInnen – das konnte sich bis zum Kinderkongress wohl kaum ein Politiker/ eine Politikerin vorstellen. Doch nachdem die VolksschülerInnen beim zweiten Kinderkongress mit ihren eloquenten Wortmeldungen und den gut durchdachten Forderungen eindeutig unter Beweis gestellt hatten, dass sie grundsätzlich kompetent genug für solche Aufgaben und Rechte sind, waren viele der Zweifel aus dem Weg geräumt.

Die anwesenden PolitikerInnen von SPÖ und Grünen (ÖVP und BZÖ/FPÖ hatten die Einladung nicht wahrgenommen) versicherten den KongressteilnehmerInnen umgehend ihre Unterstützung für den Kongressantrag und versprachen, ihn in den parlamentarischen Unterrichtsausschuss einzubringen. »Wir finden die Vorschläge wirklich gut und werden in den nächsten Tagen gemeinsam einen Antrag ins Parlament einbringen«, meinte der Bildungssprecher der Grünen, Dieter Brosz (Sendungsarchiv Orange 94.0 2006). SPÖ-Nationalratsabgeordneter Erwin Niederwieser stimmte den SchülerInnen zu, »wie wichtig die Mitbestimmung an Schulen ist und wie viele gute Ideen ihr einbringen könnt« (ebd.). Sein Fraktionskollege Jan Krainer erklärte, dass er die Forderungen, Klassen- und SchulsprecherInnen auch in den Unterstufen zu wählen, unterstütze und »die rege Diskussion am Kinderkongress« gezeigt habe, »dass SchülerInnen auch reif dazu sind« (Verein »Coole Schule« 2005d). Auch die damals noch Zweite Nationalratspräsidentin und Schirmherrin des Kinderkongresses, Barbara Prammer (SPÖ), verkündete ihre Unterstützung für den Antrag.

2.1.2.3 Anträge im österreichischen Nationalrat

SPÖ und Grüne brachten also in der Parlamentssitzung vom 16. November 2005 zwei Entschließungsanträge ein (Parlament 2006) – einen Entschließungsantrag mit allen Forderungen der TeilnehmerInnen (u. a. bessere Schulhausgestaltung, neue Unter-

1 In jeder Volks- und Hauptschule ist laut § 63a Schulunterrichtsgesetz (BGBl. Nr. 472/1986, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 20/2006) ein Schulforum verpflichtend einzurichten. Dieses besteht aus den KlassenlehrerInnen und den KlassenelternvertreterInnen mit beschließender Stimme, in der Hauptschule kommt noch ein Vertreter/ eine Vertreterin der KlassensprecherInnen mit beratender Stimme dazu. In den Polytechnischen Schulen, den Berufsschulen und den mittleren und höheren Schulen ist laut § 64 Schulunterrichtsgesetz ein Schulgemeinschaftsausschuss verpflichtend einzurichten. Dieser besteht aus je drei Eltern-, LehrerInnen- und SchülerInnenvertreterInnen mit beschließender Stimme, in der Allgemeinbildenden Höheren Schule kommt ein Vertreter/ eine Vertreterin der KlassensprecherInnen der Unterstufe mit beratender Stimme dazu.

richtsgegenstände und Schulsysteme, Senkung der KlassenschülerInnenzahlen) sowie den am Kongress beschlossenen Antrag auf »demokratische SchülerInnenvertretungen«, dessen Umsetzung für uns am wichtigsten war. Für kurze Zeit schienen die Chancen, dass der zweite Antrag in der Sitzung des Unterrichtsausschusses mit den Stimmen aller Parteien angenommen werden würde, auch nicht schlecht zu stehen. So sicherten mir in einer Sitzung des parlamentarischen Familienausschusses am 30. November 2005, bei der ich als Fraktionsexperte zum Thema »Kinderrechte« sprach, zwei hochrangige ÖVP-Politikerinnen – die Ausschussvorsitzende Nationalratsabgeordnete Ridi Steibl und Nationalratsabgeordnete Silvia Fuhrmann (beide ÖVP) – die Unterstützung der Regierungsparteien zu. Doch spätestens bei den folgenden Vorgesprächen mit den MandatarInnen von ÖVP und BZÖ wurde uns klar, dass weder der Antrag auf »demokratische SchülerInnenvertretungen« noch der zweite Antrag eine Mehrheit erhalten würde.

Im Unterrichtsausschuss vom 9. Mai 2006 (ebd.), in dem unsere Anträge schließlich behandelt wurden, versuchten Florentine Frantz, eine 14-jährige Aktivistin unseres Vereins aus Graz, und ich trotzdem, die Abgeordneten der Regierungsparteien von unseren Punkten zu überzeugen. In unseren Reden berichteten wir von den Kinderkongressen und unseren Erfahrungen als SchülerInnenvertreterInnen. Wir forderten die Regierungsparteien auf, »die Anliegen der SchülerInnen ernst zu nehmen« und »im Sinne der Schule und somit der Zukunft unseres Landes« (Verein »Coole Schule« 2006b) zumindest den Antrag auf »demokratische SchülerInnenvertretungen« anzunehmen – jedoch ohne Erfolg. Ausschließlich die MandatarInnen der Oppositionsparteien SPÖ und Grüne setzten sich für unsere Anliegen ein, von den Regierungsparteien hingegen gab es sowohl inhaltliche als auch persönliche Kritik: ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon warf unserem Verein beispielsweise vor, eine parteipolitische Initiative zu sein. »Es sei interessant, dass die Initiative ›Coole Schule‹ nun augenscheinlich ein gemeinsames Projekt von SPÖ und Grünen werde«, meinte Amon in einer Aussendung (APA 2006a). Amon vergaß offenbar, dass er es war, der unsere Einladung zum Kinderkongress nicht wahrgenommen hatte, dass er sich nicht für eine parlamentarische Umsetzung der ihm zugesendeten Kongressergebnisse einsetzen und somit ganz offensichtlich nicht an unserem Projekt teilnehmen wollte. BZÖ-Schulsprecherin Mares Rossmann, die wie Amon beim Kongress trotz Einladung nicht dabei gewesen war, warf uns sogar vor, dass beim Kinderkongress »Kinder mehrfach nur als ›Sprachrohr‹ für die Vorstellungen ›Dritter‹ missbraucht worden« seien (APA 2006b). Sie betonte, dass sie als Mutter nicht gewollt hätte, dass ihre Kinder in der Volksschule als KlassensprecherInnen kandidieren (Parlamentdirektion 2006). Anstelle unserer Anträge wurde im Unterrichtsausschuss schließlich ein Antrag beschlossen, der die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der bisherigen Regelungen für die SchülerInnenvertretung vorsah (ebd.). Das Problem war, dass in dieser Arbeitsgruppe wieder nur SchülerInnen der Oberstufe vertreten sein sollten: »Wir SchülerInnen der 1. – 8. Schulstufe werden somit weiterhin ignoriert und ausgeklammert«, meinte ich im Ausschuss (Verein »Coole Schule« 2006b). Alles in allem war der damalige Tag für uns »ein trauriger Tag für die SchülerInnen Öster-

reichs« (ebd.). In der Parlamentssitzung vom 21. Juni 2006 wurden unsere Anträge endgültig abgelehnt (Parlament 2006).

2.1.2.4 Landeskinderkongresse 2006

Auch wenn sich einige PolitikerInnen vielleicht ein Ende unserer Initiative gewünscht hätten, setzten wir unser Engagement ungemindert fort und veranstalteten im September 2006 Landeskinderkongresse in den Städten Wien, St. Pölten, Linz, Salzburg, Innsbruck und Graz (Mitschka 2006c). Es war unser Ziel, passend vor der Nationalratswahl am 1. Oktober auf die Anliegen der SchülerInnen aufmerksam zu machen. Das ausschließlich aus SchülerInnen bestehende Organisationsteam reiste eine Woche durch ganz Österreich, diskutierte mit 553 SchülerInnen (ebd.) und entwickelte mit ihnen gemeinsam unzählige schulpolitische Forderungen – allen voran die Ausweitung der SchülerInnenmitbestimmung, aber auch die Einführung moderner Unterrichtsmethoden, eine bessere Ausbildung der LehrerInnen, mehr Integration, Begabungsförderung oder eine Benotung der LehrerInnen (Verein »Coole Schule« 2006d). Auch wenn nur 83 der insgesamt 553 TeilnehmerInnen VolksschülerInnen waren, meldeten sich diese kräftig zu Wort. So verlangte etwa die vierköpfige Delegation der Volksschule Trattenbach in Oberösterreich, dass »Schüler ihre Lehrer selber aussuchen« (Mitschka 2006c). Beim Grazer Kongress forderte eine Gruppe der Volksschule Hirtenkloster »Mitgestaltung des Unterrichts und der Unterrichtsmaterialien« und »mehr Projekte und Ausflüge«.² Besonders viel Aufmerksamkeit erhielt auch die Forderung nach mehr Turnstunden in Niederösterreich, die von einer Schülerin der ersten Schulstufe der Otto-Glöckel-Volksschule in St. Pölten eingebracht wurde.

Insbesondere beim Wiener Landeskinderkongress standen die VolksschülerInnen im Mittelpunkt – nicht zuletzt, da sie sich eine hitzige Auseinandersetzung mit der am Kongress teilnehmenden ÖVP-Wissenschaftssprecherin Gertrude Brinek lieferten. Mit dem Argument der Inkompetenz von VolksschülerInnen war sie bei der Behandlung unserer Anträge im Parlament gegen die Mitbestimmung in Volksschulen aufgetreten. Beim Kinderkongress wurde sie eines Besseren belehrt: Die VolksschülerInnen traten für ihre Rechte ein und überzeugten auch mit Fachwissen, beispielsweise zur Rechtschreibreform. Als Brinek der jungen Wiener Landtagsabgeordneten Laura Rudas (SPÖ) unterstellte, zu unerfahren zu sein, um sich ernsthaft zur Schulpolitik zu äußern, fühlten sich viele VolksschülerInnen daran erinnert, dass man auch ihnen das ständig vorwirft und sie mit diesem Argument abtut. Ein Volksschüler sagte daher, dass Brinek vielleicht erfahrener als Rudas sei, aber Rudas sich besser in der Schule auskenne (Mitschka 2006a). Grund genug für Brinek, zum Abschluss zu betonen, dass sie eigentlich immer schon für Mitbestimmung in der Volksschule war und diese zwar nicht verpflichtend vorsehen, jedenfalls aber verstärken wollte.

Diese Beispiele zeigen, dass die Kongresse für die zuhörenden LehrerInnen, JournalistInnen, Nationalratsabgeordneten, Landtagsabgeordneten, LandesrätInnen und Landeshauptleute spannend und beeindruckend waren. Die unterschiedlichen Ergebnisse

² Videoaufnahmen des ersten Steirischen & Kärntner Landeskinderkongresses, Graz, 22.9.2006.

der Kinderkongresse formulierten wir wieder in drei Hauptforderungen, die mit jenen des zweiten Kinderkongresses im Großen und Ganzen übereinstimmen: 1. Wahl von VertreterInnen in allen Schulen und durch alle SchülerInnen; 2. Einführung von Klassenräten in allen Schulklassen; 3. Einführung von Schulparlamenten in allen Schulen (Verein »Coole Schule« 2006d). Mit der Umsetzung dieser Forderungen wäre garantiert, »dass SchülerInnen und LehrerInnen miteinander und nicht gegeneinander den Schulalltag gestalten und die Bedürfnisse aller Betroffenen berücksichtigt werden. Wichtige Grundsteine für eine erfolgreiche Schule, in der Schulpartnerschaft und Schuldemokratie gelebt werden, sich möglichst alle wohl fühlen und in der gerne gelernt wird, wären gelegt« (ebd.). Im Rahmen eines Schreibens forderten wir mehr als sechzig Bundes- und LandespolitikerInnen aller Parteien auf, die Forderungen ernst zu nehmen und gemeinsam mit uns umzusetzen. Die Chancen, dass die am 11. Jänner 2007 angelobte Regierung der Großen Koalition (SPÖ und ÖVP) unsere Forderungen zumindest zum Teil umsetzen wird, stehen mit Redaktionsschluss nicht schlecht – das geht unter anderem aus einem Schreiben von Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (SPÖ) und von Bildungssprecher Erwin Niederwieser (SPÖ) an unseren Verein hervor.

2.2 Best practice-Modell – die GTVS Landstraßer Hauptstraße

2.2.1 Die Schule

Nach meinen Erfahrungsberichten über Kindermitbestimmung in meiner Volksschulzeit und über die Kinderkongresse möchte ich ein best practice-Modell für eine Volksschule mit SchülerInnenmitbestimmung, die GTVS (Ganztagsvolksschule) Landstraßer Hauptstraße 146 im dritten Wiener Gemeindebezirk, vorstellen. Hier gibt es neben der gelebten Schuldemokratie Mehrstufenklassen, Reformpädagogik, Montessori-Unterricht, Projektarbeit, Integrationsklassen und eine moderne Zeitstruktur. Dies bedeutet, dass es keine 50-minütigen Unterrichtsstunden gibt, sondern eine freie Zeit- und Pauseneinteilung. Darüber hinaus findet man in dieser Schule ein ganztägiges Schulangebot mit gemeinsamem Mittagessen. Die Schule hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1995 zu einer echten Vorzeigeschule entwickelt. Sogar EU-Delegationen kommen, um zu bestaunen, was sonst in kaum einer anderen Schule zu finden ist: Eine unbeschreiblich hohe Motivation, Fröhlichkeit, Wissbegierde, Demokratie-, Sozial- und Selbstkompetenz der SchülerInnen. Hier wird sichtbar, welches Potenzial an demokratischer Mitgestaltung VolksschülerInnen haben, wenn sie von ihren LehrerInnen entsprechend unterstützt und ermutigt werden.

2.2.2 Die Schulversuchsklasse M2

Ich besuche am 1. Dezember 2006 die Schulversuchsklasse M2. Der Klassenraum ist im Obergeschoß. In diesem Stockwerk befinden sich insgesamt vier Schulklassen – alle mehrstufig (1. bis 4. Schulstufe) geführt, mit je vier LehrerInnen, die sich in der Betreuung paarweise abwechseln, und mit je 25 SchülerInnen. Alle vier Klassen haben einen demokratischen Klassenrat, der in der M2 jeden Freitag stattfindet, und VertreterInnen im eigens eingerichteten SchülerInnenparlament. Trinken, Kaugummi und Essen sind

erlaubt, Lern- und Pausenzeiten können frei eingeteilt werden. Jeden Montag erstellen die SchülerInnen selbstständig einen Wochenplan. »Unsere Lehrerin sagt, was wir machen sollten, und wir können dann selber entscheiden, wann wir das machen und mit welchen Materialien. Außerdem können wir eigene Ideen einbringen, wenn uns ein Thema sehr interessiert«, erklärt mir M2-Schüler Jakob (7 Jahre) das System des Wochenplans (Mitschka 2006b).³ Noten bekommen die SchülerInnen nur im vierten Unterrichtsjahr – und vorher gehen sie ihnen auch nicht ab: »Ich finde, dass wir auch gut ohne Noten lernen. Ein Freund zum Beispiel kann Sachen nicht besser als ich, obwohl er eine strenge Lehrerin hat und seine Schule keinen Spaß macht«, meint Marian (9).

Kurz zusammengefasst: Die Atmosphäre ist eine fröhliche und konzentrierte, als ich den Klassenraum der M2 betrete. Von Druck, Angst, Gewalt, Aggressionen oder Langeweile keine Spur. Die Lehrerin Karin Diaz arbeitet gerade mit einem Schüler an einem Arbeitsblatt. Die anderen SchülerInnen sind über den ganzen Raum verteilt – bei den Computern, Lesecken, Tischen, Nischen, Sesselkreisen – und schreiben, malen, rechnen, diskutieren, reden zum Thema »Steinzeit«. Einige Kinder kommen mir entgegen und laden mich ein, mich an ihren Tisch zu setzen. Nachdem sie mich sehr interessiert ausgefragt haben, was ich im und mit dem Verein »Coole Schule« alles mache und wie ich dazu gekommen bin, eine eigene Organisation zu gründen, erzählen sie von ihrer »besonderen Schule« (Jakob, 7) und vom aktuellen Projekt »Steinzeit«. Stolz erzählen sie, dass sie bereits Reizwort-Geschichten zu diesem Thema geschrieben und mehrere Arbeitsblätter fertig gestellt haben. Wie sie denn zu einem Thema wie »Steinzeit« gekommen sind, frage ich. Ein kurzer Streit, wer die Frage beantwortet, entbrennt, bis Emil (7) die anderen übertönend erklärt: »Wir haben im Klassenrat Themen gesammelt, die uns interessieren. Dann hatte jeder drei Punkte, die er vergeben konnte. 21 Punkte hatte die Steinzeit, 20 Punkte die Dinosaurier, daher machen wir jetzt die Steinzeit und im nächsten Schulsemester die Dinosaurier.« Paula und Lina (beide 7) führen mich zu einem Plakat, auf dem die gesammelten Themen und die Punkteanzahl angeschrieben sind: Steinzeit 21, Dinosaurier 20, Haustiere 8, Zirkus 7, Autos 6, Theater 5, Waldtiere 5.

Ob sie denn schon letztes Jahr Themen bestimmen konnten? »Nein«, meint Jakob, »letztes Jahr hat die Lehrerin selber entschieden, dass wir Mozart und Malen, z. B. Picasso, machen«. Und welche Arbeitsweise ihnen besser gefallen hat? »Dieses Jahr war es besser, denn heuer konnten wir es uns aussuchen und haben ein Thema, das uns wirklich interessiert!«, antwortet Lina. Nicht nur beim Unterrichtsstoff können sie mitbestimmen, auch bei den Unterrichtsmethoden haben sie im Rahmen des Wochenplans Mitspracherechte: »Man kann sich aussuchen, womit man genau arbeitet und wann man das macht, die Lehrer bestimmen das nicht!«, so Jaki (7). Ob die Mehrstufigkeit bzw. die älteren SchülerInnen sie beim Arbeiten nicht behindern würden? »Nein! Manchmal nerven sie, aber im Großen und Ganzen ist eine Mehrstufenklasse schon sehr gut«, sagt Paula. Und Lina ergänzt: »Ganz und gar nicht. Wir nennen uns MSK,

3 Auch alle folgenden Interviewzitate mit den VolksschülerInnen stammen aus demselben schriftlichen Gedächtnisprotokoll vom 1. Dezember 2006.

das heißt mutige, starke Kinder!« Große helfen den Kleinen und umgekehrt – das ist hier das leitende, erfolgreiche Prinzip.

2.2.2.1 *Der Klassenrat*

Ich will zur nächsten Frage ansetzen, als die Klassenlehrerin Karin Diaz den Klassenrat einberuft. In diesem Parlament besitzt jede/jeder der vier Lehrenden und jede/jeder der 25 SchülerInnen eine Stimme. Der Vorsitz wird von den Kindern geführt und rotiert alphabetisch. Diesmal wird der Klassenrat von Magdalena (7) geleitet. Sie eröffnet das Plenum und fragt nach Themen. Sogleich zeigen die ersten auf und bringen Beschwerden, Wünsche, Anregungen ein. Lina und Paula erkundigen sich, ob das Afrika-Spendenprojekt weitergehen könnte, in dem sie selbstständig dreißig Euro gesammelt haben; Marian (9) fordert neben der Mädchen- auch eine Bubenverkleidungsecke; Jakob (7) fragt, wann denn der Spielplatz von der Bezirksvorstehung erneuert wird und Marie Luise (9) wünscht sich neue Autos für die Spielecke. Auch die anwesenden LehrerInnen melden sich zu Wort: Lehrer Martin beklagt, dass es in der vergangenen Zeit vermehrt zu Streichen gekommen sei, und Lehrerin Karin Diaz berichtet vom SchülerInnenparlament. Die Vorsitzende Magdalena beginnt mit dem Thema »Streiche«, bei dem sich die SchülerInnen darauf einigen, in Zukunft auf die Bedürfnisse aller zu achten und daher auf bösartige Streiche zu verzichten.

Dann kommt das Thema »Spenden für Afrika« aufs Programm und es wird beschlossen, diese Frage im SchülerInnenparlament mit den anderen Klassen zu behandeln. Als nächstes diskutiert das Parlament über eine neue Bubenverkleidungsecke. »Ich fände es gut, wenn auch Buben sich verkleiden könnten«, begründet Marian seinen Vorschlag. Laura stimmt ihm zu: »Es gibt auch Buben, die sich mit Röcken verkleiden wollen!« und schlägt daher eine gemeinsame Ecke vor. Diese Idee wird sehr positiv aufgenommen, jedoch kommt es bei der Frage, ob auch Kinder der anderen Klassen diese Ecke benützen dürften, zu einer hitzigen Debatte. Lehrer Martin schlägt schließlich einen »Großklassenrat« mit den SchülerInnen der anderen Klassen vor – und es gibt eine demokratische Abstimmung über diese Idee. Dafür stimmen 23 SchülerInnen und die beiden anwesenden LehrerInnen, dagegen zwei SchülerInnen. Auf das Thema Verkleidungsecke folgt die Frage nach der Erneuerung des Spielplatzes. Karin Diaz berichtet, dass die Bezirksvorstehung bis Sommer nächsten Jahres erste Schritte setzen wird. Bei den Spielautos einigt sich der Klassenrat darauf, dass die SchülerInnen selber Spielautos mitnehmen sollen. Danach spricht man über das »Stockfrühstück« mit den SchülerInnen der anderen Mehrstufenklassen (26 dafür, eine Stimme dagegen) und thematisiert das nahende SchülerInnenparlament, in dem die Klasse den Kauf eines »Wuzzltisches« (Tisch, auf dem Tischfußball gespielt werden kann) anregen will. Im Klassenrat der M2 wird nun ein Antrag an das Parlament für den Ankauf eines Wuzzltisches formuliert.

2.2.2.2 *Das SchülerInnenparlament*

Das SchülerInnenparlament besteht seit dem Schuljahr 2005/2006 und tagt einmal monatlich. Es umfasst die vier Mehrstufenklassen der GTVS Landstraßer Hauptstraße. Am Beginn des Schuljahres werden pro Klasse zwei KlassensprecherInnen (je ein Bub

und ein Mädchen) gewählt, die dann ihre MitschülerInnen im Parlament vertreten und im Rahmen eines Coachings auch in den ICH-, DU- und WIR-Kompetenzen⁴ geschult werden. Auch die LehrerInnen sind mit zwei VertreterInnen im Parlament stimmberechtigt. Laut Geschäftsordnung, die von einer Arbeitsgruppe aus SchülerInnen eigenständig entworfen wurde, behandelt das SchülerInnenparlament »Themen, die alle vier Mehrstufenklassen betreffen« und »in den Klassenräten gesammelt werden« (GTVS Landstraßer Hauptstraße 2005). An die Beschlüsse »haben sich alle zu halten, sofern sie übergeordneten Regeln nicht widersprechen« (ebd.). Die ersten Beschlüsse des Parlaments betreffen einen neuen Legotisch, einen Pausenraum, Ruhezone sowie eine eigene Klo-Ordnung. Das SchülerInnenparlament verfügt auch über ein eigenes und autonom verwendbares Budget in der Höhe von 300 €.

2.2.2.3 Weitere Gespräche mit den VolksschülerInnen

Nach circa einer Stunde – um 11 h 30 – endet schließlich der Rat, die Klasse macht sich auf den Weg zum Speisesaal. Auf das Essen folgt eine einstündige Pause, die ich nütze, um mit einigen SchülerInnen noch weitere Interviews zu führen. Vor mir sitzen Paula und Lina (beide 7), Marian (9) sowie Laura und Joey (beide 10), letztere waren mir bereits vom Kinderkongress bekannt. Zuerst frage ich sie, ob ihnen denn der Klassenrat grundsätzlich gefällt. Lina antwortet zuerst: »Ich finde ihn gut, denn da können wir Probleme besprechen.« Joey stimmt zu: »Der Klassenrat ist toll, weil wir können sagen, was uns stört und uns auch Sachen wünschen!« Und wie sie denn sonst ihre Schule mögen? »Ich liebe meine Schule. Ich bin schon traurig, weil ich ja aufs Gymnasium wechseln werde und ich würde mich am liebsten zurückstufen lassen«, antwortet Marian. Paula erklärt, dass »ich Ferien nicht sehr mag, weil mir die Schule da zu sehr abgeht.« Und wie sie die Vorstellung von undemokratischen Schulen finden? »Das würde mir nicht gefallen! Ich würde Tag und Nacht heulen!«, sagt Laura.

Alles in allem fand ich es überwältigend, wie sehr diese Kinder an ihrer Schule hängen und sie lieben. Das sind Gefühle, die SchülerInnen an weniger modernen Schulen wahrscheinlich nie hätten oder nur schwer nachvollziehen könnten. Und die Folgen einer solch guten, interessanten, innovativen, demokratischen und fröhlichen Schule, in der die Kinder von ihren LehrerInnen unterstützt und individuell gefördert werden, sind klar erkennbar: Die SchülerInnen sind gut gebildet, verfügen über einen großen Wortschatz, können sich ausgezeichnet artikulieren und haben keine Ängste oder Scheu, ihre Meinung zu äußern und für sie einzutreten – sprich: sie sind (für ihr Alter) demokratiebewusste, mündige, reife BürgerInnen. Auf Erwachsene angesprochen, die Kindern in ihrem Alter Unreife und Inkompetenz vorwerfen, reagieren sie mit Entrüstung. Was sie denn diesen Erwachsenen, vor allem PolitikerInnen mitteilen würden?

4 Definition laut Karin Diaz: ICH-Kompetenz bezieht sich auf Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, Artikulation und Vertretung der eigenen Wünsche und Bedürfnisse.
DU-Kompetenz umfasst die Beziehung zu MitschülerInnen, die Achtung der Bedürfnisse und Grenzen anderer und ein partnerschaftliches Miteinander.
WIR-Kompetenz zeigt sich im Umgang mit größeren Gruppen und mit den Zielen, die diese Gruppen (»wir«) verfolgen..

Marian ruft als erster: »Ihr spinnt! Wir sind voll gescheit und können Sachen voll gut abschätzen und alles!« Paula meint als nächste: »Stellt euch mal vor, wenn ihr Kinder wärt und ihr so beleidigt werden würdet!« ... »Wenn ihr Kinder wärt und man euch ständig sagen würde, dass ihr zu klein seid und über euch bestimmt werden muss – wie fändet ihr das?«, würde Lina sie fragen. Laura und Joey betonen, da »würden wir sie so beschimpfen, dass sie sich sicher aufregen würden.« In diesen Momenten wünsche ich mir, dass die von den Kindern angesprochenen Erwachsenen, die Kindern Unreife und Inkompetenz vorwerfen, hier wären und die Aussagen der Kinder hören könnten. Weil dies nicht der Fall ist, hoffe ich, dass diese Erwachsenen zumindest diesen Artikel lesen und sich eines Besseren belehren lassen.

Es ist zwar nicht abzustreiten, dass die interviewten SchülerInnen nicht repräsentativ für die österreichischen VolksschülerInnen sind. Trotzdem sind sie für mich ein lebender Beweis dafür, dass die notwendige Reife für Mitbestimmung bei den VolksschülerInnen grundsätzlich da ist – wenn LehrerInnen sie reif sein lassen, sie bei Entscheidungsprozessen ermutigen und unterstützen, wie das in der GTVS Landstraßer Hauptstraße der Fall ist und in jeder Volksschule der Fall sein sollte.

3. Meinungen von Erwachsenen zur Mitbestimmung von VolksschülerInnen

3.1 Eine Volksschullehrerin zur Schuldemokratie

Während meines Ausflugs in die GTVS Landstraßer Hauptstraße hatte ich auch Gelegenheit, mit Karin Diaz, einer der vier LehrerInnen der M2-Klasse zu sprechen. Gleich zu Beginn frage ich sie, ob sie denn 6- bis 10-jährige Kinder bzw. VolksschülerInnen grundsätzlich als reif dafür erachte, bei wichtigen Entscheidungen – etwa Unterrichtsinhalte und -methoden – mitzubestimmen. »Ja, absolut«, antwortet Diaz überzeugt. Warum? »Weil sie bei Entscheidungen nicht unrealistisch, sondern sehr ernsthaft und konstruktiv denken, sich Gedanken machen, Lösungen zu finden, mit denen allen leben können – auch wir LehrerInnen. Kinder haben eine sehr ernsthafte Herangehensweise. Alle, die wollen, sollen mitreden können – auch SchülerInnen der ersten Schulstufe.« Für die Lehrerin ist Mitbestimmung nicht unbedingt eine Frage des Alters, so sei sie auch für Mitsprache im Kindergarten, denn: »Kinder nehmen alles sehr ernst und nehmen Verantwortung sehr wahr.« Klar ist für Diaz aber auch, dass Kinder schon »eine Unterstützung der LehrerInnen brauchen, beispielsweise bei der Zeiteinteilung.« Aber im Großen und Ganzen »machen sie alles selber«, wenn man sie unterstützt und fördert, bewusst aber nicht leitet oder ihnen Sachen vorgibt, betont Diaz. In ihrer Schulklasse sei die Reife der SchülerInnen »besonders groß«, da die Klasse mehrstufig geführt wird: »Ich bin fest überzeugt, dass die Mehrstufenklassen die sozialen und demokratischen Fähigkeiten der Kinder sehr fördern: Hier lernen die Kleinen von den Großen.«

Inwiefern ist Mitbestimmung für Diaz sinnvoll? »Klar macht es auch Sinn, denn Kinder lernen durch Mitbestimmung, dass sie die Gestalter ihres Lebens und ihrer Umwelt sind.« Und auch das Demokratie Lernen sei wichtig: »Es ist wichtig und notwen-

dig, dass sie lernen, wo ihre Wünsche auf Grenzen stoßen, und einen Weg zu finden, der die Bedürfnisse aller unter einen Hut bringt.« Wie denn andere LehrerInnen oder Erwachsene ihrer Meinung nach zur Kindermitbestimmung stehen? »Erwachsene und vor allem LehrerInnen trauen Kindern leider wenig zu. Viele haben auch Angst, Macht und Kontrolle zu verlieren. Denn sie glauben, dass sie es als LehrerInnen immer besser wissen und nur sie richtige Entscheidungen treffen können«, meint Diaz nachdenklich. Die Folge davon sei, dass »diese Einstellung der LehrerInnen zu Konflikten führt« – die Kinder verbünden sich gegen die LehrerInnen. Anders in der GTVS Landstraße: »Hier ist es ein Miteinander. Und die Früchte sind ganz einfach, dass alle Kinder gerne da sind und kaum Aggressionen und Streit vorkommen.« Auf meine Frage, ob das eher Folgen der Schule oder eines Elternhauses seien, in dem die Kinder entsprechend gefördert werden, antwortet Diaz: »Der Großteil der SchülerInnen kommt aus einem Elternhaus, das sie fördert und unterstützt, aber es gibt auch einen Teil, der nicht aus so einem Elternhaus kommt. Unsere Schule kompensiert bei diesen SchülerInnen vieles und kann, gerade da die Kinder durch die Ganztagschule den Großteil des Tages in der Schule verbringen, ihre Entwicklung sehr positiv beeinflussen.«

Gegen Ende des Gesprächs frage ich Diaz, was sie sich denn von einer neuen Bundesregierung im Bereich der Schuldemokratie erwarte. »Ich denke mir, dass es vor allem auf die beteiligten Personen, also die LehrerInnen, ankommt. Eine neue Bundesregierung sollte bei der LehrerInnenausbildung ansetzen, zum Beispiel ein Pflichtschulungsprogramm für Schuldemokratie und Mitbestimmung verordnen.« Weiters seien die Rahmenbedingungen wichtig: »Mitbestimmung ist bei dreißig Kindern und nur einem Lehrer bzw. einer Lehrerin kaum möglich.« Verpflichtende Klassen- und SchulsprecherInnen seien auch ein richtiger Schritt, wenngleich es ein »leerer Kilometer wäre, wenn nicht auch in der Ausbildung der LehrerInnen auf Schuldemokratie Rücksicht genommen würde.« Was sie zum Abschluss den PolitikerInnen gerne mitteilen würde? »Es gibt kein reif oder unreif – Kinder können sehr wohl ihrer Entwicklungsstufe entsprechend Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen.« Und Diaz setzt nach: »Demokratie muss aber zugleich auch ehrlich sein und ernsthaft betrieben werden – also kein Demokratie-spieli-spieli, das nicht ernst gemeint ist.«

3.2 PolitikerInnen der österreichischen Parlamentsparteien zur Schuldemokratie

Was halten aber PolitikerInnen von der Mitbestimmung der VolksschülerInnen, also jene Erwachsene, die letztlich über die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen entscheiden? Diese Frage ist vielleicht am besten zu beantworten, wenn ich von der Behandlung des Entschließungsantrages für »demokratische SchülerInnenvertretungen« erzähle, der am zweiten österreichischen Kinderkongress formuliert und anschließend von SPÖ und Grünen in den Unterrichtsausschuss eingebracht wurde. Dieser Antrag sah einen Ausbau der Demokratie insbesondere in den Volksschulen vor, u. a. sollten Klassen- und SchulsprecherInnen sowie ein Schulparlament auch in der Volksschule eingeführt werden. Er wurde in der Nationalratssitzung vom 16. November 2005 ordnungsgemäß eingebracht und am 9. Mai 2006 im Unterrichtsausschuss behandelt. Von den damaligen Regierungsparteien ÖVP und BZÖ wurde der

Antrag mit der Begründung abgelehnt, dass Schuldemokratie in den Volksschulen derzeit schon ausreichend vorhanden sei und verpflichtende Klassen- und SchulsprecherInnenwahlen nicht altersadäquat seien (siehe dazu auch Kap. 2.1.2.3) (Parlamentdirektion 2006).

Nach dem Unterrichtsausschuss gelangte der Antrag noch ins Nationalratsplenum. Von der Debatte möchte ich gerne berichten, denn hier wurde besonders sichtbar, wie die einzelnen Fraktionen zur Mitbestimmung von VolksschülerInnen stehen.

Unsere Forderung nach »demokratischen SchülerInnenvertretungen« stand auf der Tagesordnung der Parlamentssitzung des 21. Juni 2006.⁵ Hauptrednerin der ÖVP war Wissenschaftssprecherin Gertrude Brinek. Diese erklärte mit Nachdruck, dass VolksschülerInnen noch gar nicht in der Lage seien, mitzubestimmen: »Übertragen wir nicht Lasten, die wir eigentlich gerechtfertigter Weise jemandem ersparen müssen.« Die Forderungen der am Kinderkongress teilnehmenden VolksschülerInnen seien laut Brinek von »sozialdemokratischen NachhilfelehrerInnen« formuliert worden. Ähnlich sah es ihr Kärntner Fraktionskollege Klaus Hubert Auer: »Die Forderungen sind ja zum Teil ziemlich eklatant, nehmen wir nur beispielsweise die Forderung nach verpflichtenden Klassensprechern in der Volksschule – ich glaube, das führt ganz einfach zu weit.« Er bekräftigte, dass man »nicht nur die Kirche, sondern auch die Schule im Dorf« lassen sollte. BZÖ-Bildungssprecherin Mares Rossmann, die trotz Einladung weder beim Kinderkongress noch bei der Präsentation der Kongressergebnisse in Klagenfurt anwesend gewesen war, beschuldigte einmal mehr die LehrerInnen, die Forderungen der KongressteilnehmerInnen formuliert zu haben: »Sie (die TeilnehmerInnen, Anmerkung I. M.) haben ihre Forderungen allerdings in der Art vorgebracht, dass sie von vorbereiteten Zetteln abgelesen haben und zwar mit einem Wortlaut, bei dem man ganz genau weiß, das können einfach Sieben- bis Neunjährige niemals formuliert haben. Natürlich haben die Lehrer das formuliert.«

SPÖ-Mandatarin Christine Muttonen kritisierte hingegen ihre VorrednerInnen, dass für diese Kinder und Jugendliche offenbar »so etwas wie leere Gefäße sind und sie einen Trichter brauchen, um ihnen etwas einzuflößen.« Muttonen betonte, dass es um das »frühe Erlernen von Mitbestimmung« gehe, und stellte die Frage, wo dieses »besser eingeübt werden kann als in der Schule.« Die Politikerin erklärte, dass »kein Kind zu jung und zu unreif ist, um an demokratischen Prozessen teilzunehmen.« Nationalratsabgeordneter Robert Rada (SPÖ) stimmte ihr zu: »Jeder, der in seiner Familie kleine Kinder hat, weiß ganz genau, dass diese sich sehr wohl artikulieren können, dass sie Interessen haben, dass sie diese auch durchsetzen wollen.« Auch SPÖ-Jugendsprecherin Elisabeth Grossmann unterstrich, dass unsere Vorschläge »wohl durchdacht sind und an den wunden Punkten unseres Schulsystems direkt ansetzen.« Dieter Brosz von den Grünen erklärte, dass er der Meinung sei, »dass Kinder und Jugendliche in jedem Alter die Möglichkeit haben sollten, sich einzubringen und auch von sich aus zu reden.« Bildungsministerin Elisabeth Gehrler, die die Begriffe »Coole Schule« und

5 Alle folgenden Zitate in diesem Kapitel stammen aus dem Stenographischen Protokoll der Nationalratsdebatte vom 21. Juni 2006 (Nationalrat 2006).

»Kinderkongress« in ihrer Rede zur Gänze aussparte, meinte lediglich, dass »die aktive Schulpartnerschaft ein Qualitätsmerkmal unserer Schulen« sei. »Die Schulpartnerschaft lebt, aber grenzt auch aus, weil sie jüngere SchülerInnen nicht zulässt, die können sich nicht der Wahl stellen, die können nicht gewählt werden«, konterte daraufhin die Jugendsprecherin der Grünen, Sabine Mandak.

3.3 Schlussfolgerungen aus den Meinungen der Erwachsenen

Aufgrund der Stellungnahmen der Volksschullehrerin und der politischen EntscheidungsträgerInnen ist erkennbar, dass es zwei grundsätzliche Meinungen zur Kindermitbestimmung in der Schule gibt. Eher progressive Personen sind für eine Ausweitung, eher konservative dagegen. Erschütternd ist für mich – gerade wegen meiner Erfahrungen in diesem Bereich –, mit welchen Argumenten die Mitsprache von unter 10-Jährigen abgelehnt wird: Kinder seien unreif, inkompetent, zu leicht beeinflussbar. Diese Argumentation erweckt in mir zweierlei Eindrücke. Entweder sind junge Kinder für viele Konservative wirklich nicht ernst zu nehmen – eben weil sie für sie zu jung, unreif und inkompetent sind, also vergleichbar mit Marionetten, die von Erwachsenen mehr oder weniger gelenkt werden müssen. Oder aber – und das ist für mich die glaubhaftere Variante – wissen diese Erwachsenen ganz genau, wie sehr Kinder eine eigene Meinung haben, wie sehr sie diese in der Regel vertreten und die Umsetzung lautstark einfordern. Und sie fürchten sich davor, wollen das nicht zulassen, da sie unter Umständen Macht und Kontrolle verlieren würden. Was auch immer zutreffen mag: Beide Fälle wären meiner Meinung nach demokratie- und menschenrechtspolitisch äußerst bedenklich.

4. Empfehlungen

Abschließend kann ich die Frage, ob es VolksschülerInnen wichtig ist, in der Schule mitzubestimmen, klar und deutlich mit »Ja« beantworten. Meine eigene Volksschulzeit, die Kinderkongresse und nicht zuletzt der Besuch der Volksschule in Wien-Landstraße haben mir gezeigt bzw. bestätigt, dass es vielen Kindern wichtig ist, mit ihren Anliegen und Bedürfnissen in der Schule wahrgenommen zu werden – seien es die Klassenraum- oder Schulhausgestaltung, die Unterrichtsmethoden, Lerninhalte oder Schulaktivitäten.

Inwieweit VolksschülerInnen reif dafür sind, kann ich nur aus meiner Erfahrung beantworten, die mir das bestätigt – unter der Bedingung, dass die LehrerInnen und natürlich auch die Eltern und weitere Bezugspersonen sie bei ihrer Mitbestimmung, bei der Artikulation und beim Fassen von Entscheidungen ausreichend unterstützen, ihnen zur Seite stehen und sie ermutigen.

Konkrete Möglichkeiten für die Schuldemokratie in Volksschulen gibt es. Zu empfehlen wäre vor allem ein wöchentlicher Klassenrat für klasseninterne Themen (Unterrichtsstoff und -methoden, Klassenaktionen ...) sowie ein Schulparlament für schulinterne Themen (Hausordnung, gemeinsame Projekte ...). Diese Gremien haben sich in den Schulen, die sie bereits eingeführt oder erprobt haben, sehr bewährt, wie

etwa in der GTVS Landstraßer Hauptstraße 146. Sie führen einerseits dazu, dass SchülerInnen stärker ernst genommen werden, sich dadurch in der Schule wohler fühlen und gerne mehr lernen. Andererseits fördern sie auch wichtige Fähigkeiten wie das Verantwortungsbewusstsein, die Kritikfähigkeit und die Diskussionskultur.

Das oft genannte Argument gegen diese Parlamente, gegen die Mitbestimmung von (Volks-) SchülerInnen – dass diese für ihre Entscheidungen nicht selbst verantwortlich sind und deshalb keine Konsequenzen zu tragen haben –, kann ich nicht gelten lassen. Denn in der Schule sind die SchülerInnen längst für ihre Entscheidungen verantwortlich und haben die Konsequenzen zu tragen – etwa bei Fehlverhalten die Vorladung der Eltern, den Ausschluss von Schulveranstaltungen oder gar von der Schule oder beim Nichterbringen von guten Leistungen Frühwarnungen und schlechtere Noten. SchülerInnen haben zumindest gleich schwerwiegende, wenn nicht sogar schwerwiegenderere Konsequenzen als LehrerInnen zu tragen, wenn sie ihrer Selbstverantwortlichkeit nicht gerecht werden – nur gleich große Mitbestimmungsrechte fehlen noch, um einen gerechten Ausgleich von Rechten und Pflichten und damit auch Konsequenzen für deren Nichteinhaltung zu erreichen. Ich würde mich freuen, wenn sich dies ändert und gelebte Demokratie und Partnerschaft zwischen SchülerInnen und LehrerInnen zu wesentlichen Bestandteilen unserer Schule werden.

Quellenverzeichnis

- GTVS Landstraßer Hauptstraße (2005) *Parlament*. In: SchülerInnenparlament M1234, 2–3.
- Mitschka, Igor (2002) *Was Schüler fordern!* In: News aus der Bischoffgasse, Nr. 1, 9–11.
- Mitschka, Igor (2004) *Schwarze Mitsprache versus grünes Vetorecht*. In: Schülerstandard, 2. 3. 2004, 12.
- Mitschka, Igor (2006a) *Gedächtnisprotokoll am ersten Wiener & Burgenländischen Landeskinderkongress*. Wien, 13. 9. 2006.
- Mitschka, Igor (2006b) *Schriftliches Gedächtnisprotokoll vom 1. Dezember 2006*.
- Mitschka, Igor (2006c) *Schüler wollen ihre Lehrer selbst aussuchen*. In: Schülerstandard, 26. 9. 2006, 11.
- Schülerstandard (N. N.) (2005) *Kinder gehören in die Politik*, 4. 10. 2005, 15.
- Verein »Coole Schule« (2005a) *Antrag an das Kinderparlament*. In: Kongressbericht/ Zweiter Kinderkongress, 9.
- Verein »Coole Schule« (2005b) *Bewerbungen für den Kinderkongress*. In: Kongressbericht/ Zweiter Kinderkongress, 5.
- Verein »Coole Schule« (2005c) *Die Plenardiskussion*. In: Kongressbericht/ Zweiter Kinderkongress, 11.
- Verein »Coole Schule« (2005d) *Wünsche & Politik*. In: Kongressbericht/ Zweiter Kinderkongress, 22.
- Verein »Coole Schule« (2005e) *Wünsche, Ziele & Forderungen*. In: Kongressbericht/ Zweiter Kinderkongress, 6–8.
- Verein »Coole Schule« (2006) *Hauptforderungen der Landeskinderkongresse*. In: Bericht über die Landeskinderkongresse, 4–5.
- Wagner, Heinz (2003) *Spar-Debatte mit der Frau Minister*. In: Kurier, 29. 12. 2003, 19.
- Wagner, Heinz (2005) *Schule soll doch ein Ort sein, wo Lernen cool ist*. In: Kurier, 14. 2. 2005, 22.

Internet-Adressen

- APA (2006a) *Amon: Distanziert sich die SPÖ bald auch von ÖGB und AK?*, verfügbar unter: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20060509_OTSo171&ch=politik, 9. 5. 2006.
- APA (2006b) *Rossmann: Forderungen der Pflichtschüler sollte man ernst nehmen*, verfügbar unter: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20060509_OTSo218&ch=politik, 9. 5. 2006.

- Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2006) *UN-Konvention über die Rechte des Kindes*, verfügbar unter: http://www.kinderrechte.gv.at/home/upload/downloads/kinderrechtskonvention/un-konvention_ueber_die_rechte_des_kindes_deutsche_fassung.pdf, 10. 12. 2006.
- Nationalrat (2006) *Stenographisches Protokoll*, verfügbar unter: http://www.parlament.gv.at/pd/steno/PG/DE/XXII/NRSITZ/NRSITZ_00154/SEITE_0196.html?P_PM=SEITE_0196,196-217,21.6.2006.
- Parlament (2006) *Demokratische SchülerInnenvertretung sowie Umsetzung der Forderungen des zweiten Kinderkongresses des Vereins Coole Schule 2005 in Wien*, verfügbar unter: http://www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,983559&_dad=portal&_schema=PORTAL, und verfügbar unter: http://www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,983566&_dad=portal&_schema=PORTAL, 10. 12. 2006.
- Parlamentsdirektion (2006) *Pro und Contra Schülermitbestimmung bereits ab der Volksschule. Unterrichtsausschuss debattiert über Forderungen des Kinderkongresses*, verfügbar unter: http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20060509_OTSo287&ch=politik, 9. 5. 2006.
- Sendungsarchiv Orange 94.o (2006) *au_094pr140_plenum4_24kbps_1chn_22050Hz*, verfügbar unter: http://sendungsarchiv.094.at/listen.php/id_094pr140/fileid_094mf378/audio.m3u, 10. 12. 2006.
- Verein »Coole Schule« (2006a) *Aktionskalender »Coole Schule«*, verfügbar unter: <http://www.cooleschule.at/kalender.htm>, 10. 12. 2006.
- Verein »Coole Schule« (2006b) *Aussendung zum Ausschuss & zum Abänderungsantrag*, verfügbar unter: <http://www.cooleschule.at/antragent.htm>, 9. 5. 2006.
- Verein »Coole Schule« (2006c) *Das war der Kinderkongress 2003 in Graz*, verfügbar unter: http://www.cooleschule.at/f_kk.html, 10. 12. 2006.

Kontakt:**Igor Mitschka****info@cooleschule.at**